

An die

1. Mitarbeitervertretungen
2. Dienststellenleitungen

MITARBEITERVERTRETUNG

zugleich mit der Bitte um Mitteilung an die

- Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Mitarbeitenden
- Vertretungen der Jugendlichen und Auszubildenden

aller Mitgliedseinrichtungen mit Ausnahme der Kirchenbezirke

**Allgemeine Neuwahlen der Mitarbeitervertretungen in den Einrichtungen
des Diakonischen Werks Württemberg für die Amtszeit 2024 – 2028**

Wahl ausschreiben

Alle bis zum 1. Mai 2023 gewählten Mitarbeitervertretungen in den diakonischen Einrichtungen bleiben bis zum Abschluss der Neuwahlen am 30. April 2024 im Amt (vgl. § 15 Abs. 2 MVG.Württ.). Zum gleichen Zeitpunkt endet auch die Amtszeit der Vertretungen der Jugendlichen und der Auszubildenden (§ 49 Abs. 4 MVG.Württ.) und der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (§ 50 Abs. 2 MVG.Württ.).

Lediglich Mitarbeitervertretungen, die nach dem 1. Mai 2023 neu gewählt worden sind, bleiben bis zur nächsten allgemeinen Neuwahl (2028) im Amt (§ 15 Abs. 3 MVG.Württ.).

Die Mitarbeitervertretungen, mit Ausnahme der nach dem 1. Mai 2023 neu gewählten, sind daher

in der Zeit vom 1. Januar bis spätestens 30. April 2024

neu zu wählen (§ 15 Abs. 2 MVG.Württ.). Ebenso – wo die Voraussetzungen vorliegen – auch die Vertretungen der Jugendlichen und Auszubildenden und die Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Mitarbeitenden.

Für die Durchführung der Wahl gelten das Mitarbeitervertretungsgesetz (MVG.Württ.) vom 30. November 2000 (ABl. Bd. 59 S. 159), zuletzt geändert durch Kirchl. Gesetz vom 7. Juli 2023 (ABl. Bd. 70 S. 699) sowie die Ausführungsbestimmungen zum MVG.Württ. vom 16. Dezember 2014 (ABl. Bd. 66 S. 295), geändert durch Verordnung vom 24. Januar 2023 (ABl. Bd. 70 S. 500) und die Wahlordnung zum MVG.Württ. vom 16. Dezember 2014 (ABl. Bd. 66 S. 285), geändert durch Verordnung vom 15. August 2023 (ABl. Bd. 70 S. 701).

Den Text des MVG.Württ. mit den Ausführungsbestimmungen und der Wahlordnung finden Sie unter www.kirchenrecht-wuerttemberg.de unter den Ordnungsnummern 420, 421 und 422. Eine Bestellung in Papierform beim Versand des Oberkirchenrats bzw. des Diakonischen Werks Württemberg ist nicht mehr möglich.

Bitte beachten Sie auch, dass die Ausführungsbestimmungen noch nicht an die letzte Änderung des MVG.Württ. vom 7. Juli 2023 angepasst wurden. Dies betrifft die Ausführungsbestimmungen Nr. 7 und Nr. 8 zu § 10 MVG.Württ.

Das Diakonische Werk Württemberg bittet den Wahlvorstand, die neu gewählten Mitarbeitervertreterinnen/Mitarbeitervertreter der AGMAV namentlich zu melden und dabei anzugeben, wer als Vorsitzende/Vorsitzender und als stellvertretende Vorsitzende/stellvertretender Vorsitzender der neugewählten Mitarbeitervertretung gewählt worden ist. Ebenso bitten wir der Landesgeschäftsstelle, Justizariat, Arbeitsrecht mitzuteilen, ob die Mitarbeitervertretungen, Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die Vertretungen der Jugendlichen und Auszubildenden gewählt wurden.

Die Meldung sollte unverzüglich erfolgen, spätestens jedoch am 15. Mai 2024 eingegangen sein (s. Formblatt).

Allgemeine Hinweise zur Wahlvorbereitung und zum Wahlverfahren

1. Mit den Wahlvorbereitungen ist so rechtzeitig zu beginnen, dass die Neuwahlen der Mitarbeitervertretungen bzw. der Vertretungen der Jugendlichen und der Auszubildenden oder Vertrauenspersonen für die schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bis zum 30. April 2024 abgeschlossen sind.
2. Nach § 5 Abs. 1 MVG.Württ. werden in allen Dienststellen, in denen in der Regel mindestens fünf wahlberechtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt sind, von denen mindestens drei wählbar sind, Mitarbeitervertretungen gebildet. Unabhängig von dieser Personenzahl können gemäß § 5 Abs. 2 i. V. m. § 5 a MVG.Württ. gemeinsame Mitarbeitervertretungen gebildet werden.

Das erforderliche Einvernehmen zur Bildung einer gemeinsamen MAV muss gem. § 4 Abs. 5 Wahlordnung spätestens fünf Monate vor Ablauf der Amtszeit (§ 15 MVG.Württ.) vorliegen, also bis spätestens 30. November 2023. Das Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens ist in § 4 Wahlordnung geregelt.

Es ist nicht mehr vor jeder Neuwahl das Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens erneut durchzuführen. Vielmehr bleiben einmal gebildete Wahlgemeinschaften bestehen, es sei denn, sie werden für die nächste Amtszeit widerrufen, § 5 a Abs. 4 MVG.Württ.

Soll die Bildung einer gemeinsamen MAV für die Zukunft mit Beginn der nächsten Amtszeit widerrufen werden, so muss der schriftliche Widerruf bis zur Einleitung des Wahlverfahrens erfolgen, § 5 Abs. 1 Wahlordnung. Das Widerrufsverfahren ist in § 5 Wahlordnung geregelt. Gemäß der Ausführungsbestimmung Nr. 4 zu § 5 a Abs. 4 MVG.Württ. wird die Einleitung des Wahlverfahrens vom Oberkirchenrat bekannt gegeben. Das Wahlverfahren 2024 wurde am 15. Dezember 2023 eingeleitet. Somit ist Stichtag eines Widerrufs der 14. Dezember 2023.

3. Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist ein Wahlvorstand verantwortlich, der von der amtierenden Mitarbeitervertretung benannt wird (§ 11 Abs. 2 MVG.Württ.).

Wo keine Mitarbeitervertretung besteht, muss von der Dienststellenleitung, soweit eine Gesamtmitarbeitervertretung besteht von dieser, eine Mitarbeiterversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes einberufen werden (§§ 7, 11 Abs. 2 MVG.Württ.). Soll eine

gemeinsame Mitarbeitervertretung gem. § 5 Abs. 2 i. V. m. § 5 a Abs. 2 MVG.Württ. neu gebildet werden, so ist die Mitarbeiterversammlung von der Dienststellenleitung oder auf Antrag von mindestens drei Wahlberechtigten von der Dienststellenleitung einzuberufen. Zuständig ist die Dienststellenleitung der größten beteiligten Dienststelle (§ 2 Abs. 5 Wahlordnung).

Die Benennung bzw. Wahl des Wahlvorstandes muss spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit der Mitarbeitervertretung erfolgen (§ 2 Abs. 1 und 5 Wahlordnung). Mitglied des Wahlvorstandes kann nur sein, wer nach § 9 MVG.Württ. wahlberechtigt ist (§ 1 Abs. 3 Wahlordnung). Amtierende Mitarbeitervertreterinnen/Mitarbeitervertreter können Mitglied im Wahlvorstand sein, solange sie nicht Wahlbewerberinnen/Wahlbewerber für die neu zu wählende Mitarbeitervertretung sind (§ 1 Abs. 3 Wahlordnung). Zu weiteren Einzelheiten über die Bildung, Zusammensetzung und Geschäftsführung des Wahlvorstandes wird auf die §§ 1 bis 3 der Wahlordnung verwiesen.

4. Nach seiner Konstituierung bereitet der Wahlvorstand unverzüglich die Wahl der Mitarbeitervertretung nach den Bestimmungen der Wahlordnung vor. Dabei ist die sich an die Auslegung der Wählerliste und der Liste der wählbaren Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter anschließende einwöchige Frist für die Einsprüche gegen Eintragung oder Nichteintragung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters in diese Listen zu beachten (s. Anlage „Handreichung“) (§ 6 Abs. 2 Wahlordnung).
5. Der Wahltermin ist so früh wie möglich anzusetzen; die Bekanntmachung des Wahlausschreibens muss mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag erfolgen (s. Anlage „Handreichung“) (§ 7 Abs. 1 Wahlordnung).
6. Die Wahl findet während der vom Wahlvorstand festgesetzten Zeit nach den Bestimmungen der §§ 8 bis 14 MVG.Württ. und §§ 10 bis 15 der Wahlordnung statt.
7. Eine Wahl nach Berufsgruppen oder nach Arbeitsbereichen (Gruppenwahl) ist nach dem aktuell geltenden Mitarbeitervertretungsgesetz nicht mehr vorgesehen.
8. In Dienststellen bzw. durch Wahlgemeinschaften zusammengefassten Dienststellen, in denen mindestens fünf schwerbehinderte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder diesen Gleichgestellte nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, ist im Zusammenhang mit der Neuwahl der Mitarbeitervertretung auch die Wahl einer Vertrauensperson und mindestens einer stellvertretenden Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vorzubereiten. Für die Wahl sind die Bestimmungen zur Wahl der Mitarbeitervertretungen entsprechend anzuwenden. Wahlberechtigt sind alle in der Dienststelle beschäftigten anerkannten schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und diesen Gleichgestellte. Für die Wählbarkeit gilt § 10 MVG.Württ. entsprechend (§ 50 MVG.Württ.).
9. In Dienststellen, in denen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter unter 18 Jahren, Auszubildende bzw. zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte beschäftigt werden, sind Vertretungen der Jugendlichen und der Auszubildenden nach folgender Staffel zu wählen:

eine Person bei Dienststellen mit in der Regel 5 bis 15 Wahlberechtigten;
 drei Personen bei Dienststellen mit in der Regel 16 bis 50 Wahlberechtigten;
 fünf Personen bei Dienststellen mit in der Regel mehr als insgesamt 50 Wahlberechtigten (§ 49 Abs. 1 MVG.Württ.).

Besteht eine Gemeinsame Mitarbeitervertretung nach § 5a MVG.Württ., ist eine gemeinsame Vertretung der Jugendlichen und Auszubildenden zu wählen (§ 49 Abs. 7 MVG.Württ.). Wird die erforderliche Zahl von Wahlberechtigten in mehreren Dienststellen zusammen erreicht, für die eine gemeinsame MAV besteht, so wird entsprechend eine

Jugend- und Auszubildendenvertretung gewählt (Ausführungsbestimmung Nr. 29 zu § 49 MVG.Württ.).

Wahlberechtigt sind die eingangs genannten Personen. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Die Wahl der Vertretungen der Jugendlichen und der Auszubildenden erfolgt unter Leitung des Wahlvorstands in einem gesonderten Wahlgang (§ 16 Abs. 1 Wahlordnung). Für das Wahlverfahren gelten die Bestimmungen der Wahlordnung sinngemäß (§ 16 Abs. 4 Wahlordnung).

Die Amtszeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung beträgt gemäß § 49 Abs. 2 MVG.Württ. zwei Jahre. In der Zeit vom 1. Januar 2026 bis 30. April 2026 ist daher erneut zu wählen.

10. Die Dienststellenleitungen und Mitarbeitervertretungen werden gebeten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits jetzt in geeigneter Weise auf die bevorstehenden Neuwahlen aufmerksam zu machen und sie zu ermuntern, sich zur Wahl in die Mitarbeitervertretung, die Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden oder als Vertrauensperson der Schwerbehinderten zur Verfügung zu stellen.

Bei den Wahlvorschlägen soll angestrebt werden, Frauen und Männer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen in der Dienststelle vertretenen Berufsgruppen und Arbeitsbereiche entsprechend ihren Anteilen in der Dienststelle angemessen zu berücksichtigen (§ 12 MVG.Württ.).

Bei der Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten für die Mitarbeitervertretung spielt häufig die Frage der Dienstbefreiung bzw. Freistellung für Mitarbeitervertretungsaufgaben eine Rolle. Auf die Regelungen der §§ 19 Abs. 2, 20 MVG.Württ. hierzu wird hingewiesen.

Hinweise zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzes

Zu § 2 Abs. 1 MVG.Württ. – Mitarbeiterin/Mitarbeiter

Maßgeblich ist, ob ein Dienst- oder Ausbildungsvertrag geschlossen ist.

a) Das trifft zu

- bei allen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten einschließlich der geringfügig Beschäftigten (sog. „520,-- €-Kräfte“),
- bei Praktikantinnen/Praktikanten (befristetes Dienstverhältnis),
- bei Schülerinnen/Schülern und Auszubildenden (befristetes Ausbildungsverhältnis).

b) Das trifft nicht zu

- bei Personen, die im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres in der Diakonie tätig sind,
- bei Personen, die im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes tätig sind,
- bei Honorarkräften,
- bei Personen, deren Beschäftigung oder Ausbildung überwiegend ihrer Heilung, Wiedereingewöhnung, beruflichen oder sozialen Rehabilitation oder ihrer Erziehung dient (z. B. in Berufsbildungswerken oder Einrichtungen der Arbeitslosenhilfe, in

denen die Ausbildung oder Beschäftigung Gegenstand der Hilfe und damit Zweckbestimmung der Einrichtung ist) (§ 2 Abs. 1 MVG.Württ.).

Zu § 4 MVG.Württ. – Dienststellenleitung

Zur Dienststellenleitung gehören

- leitende Organe oder Personen nach Verfassung, Gesetz oder Satzung (z. B. der Vorstand des Vereins oder die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer der gGmbH),
- Personen, die mit der Geschäftsführung beauftragt sind sowie deren ständige Vertreterinnen bzw. Vertreter,
- Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die allein oder gemeinsam mit anderen Personen ständig und nicht nur in Einzelfällen zu Entscheidungen in Angelegenheiten befugt sind, die nach diesem Gesetz der Mitberatung oder Mitbestimmung unterliegen.

Die Personen, die zur Dienststellenleitung gehören, sind der Mitarbeitervertretung oder dem Wahlvorstand zu benennen (§ 4 Abs. 2 Satz 3 MVG.Württ.).

Zu § 9 Abs. 1 MVG.Württ. – Wahlberechtigung

Wahlberechtigt sind alle Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (§ 2 MVG.Württ.), die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 9 Abs. 1 MVG.Württ.). Eine Wartefrist zu Beginn des Dienstverhältnisses gibt es nicht. Auch Personen, die am Wahltag in die Dienststelle eintreten, sind somit wahlberechtigt. Die Wählerliste ist vom Wahlvorstand ggf. um bis zum Wahltag neu in die Dienststelle eingetretene Mitarbeitende zu ergänzen. Dies kann auch noch unmittelbar vor Beginn der Wahlhandlung erfolgen (§ 6 Abs. 1 Satz 3 Wahlordnung).

Nicht wahlberechtigt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich im Rahmen eines Altersteilzeitdienstverhältnisses am Wahltag bereits in der Freistellungsphase befinden oder seit mehr als drei Monaten und für wenigstens weitere drei Monate beurlaubt sind (§ 9 Abs. 4 Satz 1 MVG.Württ.).

Nicht wahlberechtigt sind ebenfalls die Mitglieder der Dienststellenleitung und die Personen nach § 4 Abs. 2 MVG, es sei denn sie wurden als Mitarbeiterin/Mitarbeiter in das leitende oder aufsichtsführende Organ gewählt oder entsandt (§ 9 Abs. 4 Satz 2 MVG.Württ.). Bei Personen, die zur Vertretung der Mitarbeiterschaft in das Leitungs- oder Aufsichtsorgan gewählt oder berufen werden, bleibt die Wahlberechtigung bestehen.

Wer zu einer anderen Dienststelle abgeordnet, zugewiesen oder dort aufgrund von Aufgabenverlagerung im Wege der Personalgestaltung eingesetzt ist, ist dort wahlberechtigt; das Wahlrecht in der bisherigen Dienststelle erlischt (§ 9 Abs. 2 MVG.Württ.).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aufgrund von Gestellungsverträgen in Dienststellen tätig sind, gelten auch als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Dienststelle und sind dort ebenfalls wahlberechtigt. Dies gilt auch für Angehörige von kirchlichen oder diakonischen Dienst- und Lebensgemeinschaften, soweit sich aus den Ordnungen der Dienst- und Lebensgemeinschaften nichts anderes ergibt (§ 2 Abs. 2 MVG.Württ.). Das Wahlrecht in der Stammdienststelle bleibt unberührt (§ 9 Abs. 3 MVG.Württ.).

Zu § 10 MVG.Württ. – Wählbarkeit

Wählbar sind alle Wahlberechtigten (§ 9 MVG.Württ.), die am Wahltag seit sechs Monaten der Dienststelle angehören oder sich seit einem Jahr im kirchlichen oder diakonischen Dienst befinden.

Künftig ist es nicht mehr erforderlich, dass die zur Wahl stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Mitglied einer christlichen Kirche oder einer der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland angeschlossenen Gemeinschaft sind („ACK-Klausel“). Sie werden aber auf die aus ihren Arbeitsverträgen sich ergebenden Loyalitätsobliegenheiten hingewiesen (§ 10 Abs. 3 MVG.Württ.). Dies gilt ebenfalls für die Wahl der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (§ 50 Abs. 4 MVG.Württ.) und die Wahl der Vertretungen der Jugendlichen und der Auszubildenden (§ 49 Abs. 1 und Abs. 1a MVG.Württ.).

Besteht die Dienststelle bei Erlass des Wahlausschreibens noch nicht länger als drei Monate, so sind auch diejenigen wählbar, die zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Dienststelle sind (§ 10 Abs. 1 Satz 2 MVG.Württ.).

Nicht wählbar sind Wahlberechtigte, die

- infolge Richterspruchs die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzen,
- am Wahltag noch für einen Zeitraum von mehr als drei Monaten beurlaubt sind,
- zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt werden oder
- als Vertretung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in das Leitungsorgan gewählt worden sind. Dies gilt nicht für Personen, die wegen ihrer Eigenschaft als Mitarbeitervertreterin bzw. Mitarbeitervertreter in Leitungsorgane gewählt oder berufen werden (§ 10 Abs. 2 MVG.Württ.).

Bei weiteren Rückfragen stehen zur Beratung zur Verfügung:

die Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV), Telefon: 0711/1656-266,
das Referat Arbeitsrecht der Abteilung Justizariat, Arbeits- und Sozialrecht,
Telefon: 0711/1656-265 und
die KfU-Geschäftsstelle, Telefon 0711/1656-265



Oberkirchenrätin Prof. Dr. Annette Noller
Vorstandsvorsitzende

Anlagen:

1. Handreichung für den Wahlvorstand (bis zu 50 wahlberechtigte MA/mehr als 50 wahlberechtigte MA)
2. Muster für das Wahlausschreiben des Wahlvorstandes
3. Meldung zur Durchführung der Wahl an das Justizariat, Arbeitsrecht (2fach)
4. Meldung des Wahlergebnisses an die AGMAV (2fach)